

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 7. Dezember 1982

Blatt 3565

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
 (rosa) Neue Pflegegebühren für Spitäler und Pflegeheime
 Räumung von Senkgruben wird teurer
 Präsidialchef Dr. Satrapa - Obersenatsrat

Lokal: Neue Lohnsteuerkarten werden ausgeschickt
 (orange)

Nur
Über FS: Adventkonzert im Bezirksmuseum Floridsdorf
 Eisring Süd: Eröffnung

Neue Lohnsteuerkarten werden ausgeschickt

Utl.: Erstmals mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung

=++++

1 Wien, 7.12. (RK-LOKAL) Seit voriger Woche werden in Wien rund 900.000 neue Lohnsteuerkarten für die Jahre 1983/84/85 ausgeschickt. Das geschieht nun erstmals mit der Post, während in der Vergangenheit die Lohnsteuerkarten durch den Hausbesitzer (Hausbesorger) ausgeteilt wurden.

Gleichzeitig wurde für das Ausstellen der Lohnsteuerkarten erstmals auch die automatische Datenverarbeitung eingesetzt. Der Versand durch die Post und die EDV-Bearbeitung brachte einige Veränderungen mit sich, auf die die Finanzverwaltung besonders hinweist:

- o Die neuen Lohnsteuerkarten haben weder ein mit einem Stempel aufgebrachtes Amtssiegel, noch eine Unterschrift - bei einem EDV-Ausdruck ist dies nicht erforderlich.
- o Das Geburtsdatum wurde der laufenden Nummer der Lohnsteuerkarte angehängt. Das geschah, um den kostengünstigen Tarif einer Massensendung in Anspruch nehmen zu können. Massensendungen dürfen sich jedoch nur in einem Punkt voneinander unterscheiden. Hätte man laufende Nummer und Geburtsdatum getrennt in verschiedenen Zeilen ausgewiesen, hätte man den günstigen Tarif nicht mehr in Anspruch nehmen können.
- o Die EDV-Bearbeitung machte es notwendig, die vielen Berufe in Kategorien wie z.B. Arbeiter, Angestellte, Beamte usw. zusammenzufassen. Der Wegfall der genauen Berufsbezeichnung hat keinen Einfluß auf die steuerliche Behandlung.
- o Bei mehreren akademischen Titeln wird nur der jeweils höchste angeführt.

Die Lohnsteuerreferate ersuchen, nach Erhalt der Lohnsteuerkarte zu überprüfen, ob die Lohnsteuermerkmale wie Alleinverdienerabsetzbetrag und Anzahl der Kinder richtig eingetragen sind. Berichtigungen sind beim örtlich zuständigen Bezirksamt zu beantragen. (Schluß) sei/bs

NNNN

Neue Pflegegebühren für Spitäler und Pflegeheime

=++++

2 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR neue Pflege- und Anstaltsgebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten sowie die Neuregelung der Pflegeentgelte in den städtischen Pflegeheimen. ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER deponierte die Ablehnung seiner Partei. #

Die Pflegegebühren müssen, wie Finanzstadtrat Mayr betonte, auf Grund des Wiener Krankenanstaltengesetzes kostendeckend festgesetzt werden. Die mit Jahresbeginn 1983 in Kraft tretenden Gebühren betragen für das AKH 2.540 S, für die Psychiatrischen Krankenhäuser 700 und für alle übrigen städtischen Krankenanstalten 1.760 S pro Tag. Die Pflegeentgelte in den Pflegeheimen werden ebenfalls mit Jahresbeginn mit 320 S pro Tag und Pflegling festgesetzt. Finanzstadtrat Mayr hob dabei hervor, daß die Pfleglinge mindestens 20 Prozent ihres Einkommens behalten. (Schluß) pr/gg

NNNN

Räumung von Senkgruben wird teurer

=++++

3 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag mit den Stimmen der SPÖ eine Anhebung der Gebühren für die Räumung von Senkgruben, Hauskläranlagen, Hauskanälen sowie für das Räumen von verstopften Kanälen um durchschnittlich fünf Prozent. #

Lediglich die Vernichtungsgebühr für den Aushub aus Öl-, Fett- und Seifenabscheidern wird um 14,3 Prozent angehoben, weil die Vernichtungskosten überdurchschnittlich angestiegen sind. Die Erhöhungen treten am 1. Jänner 1983 in Kraft. (Schluß) sei/bs

NNNN

Präsidialchef Dr. Satrapa - Obersenatsrat

=++++

8 #Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Leiter des Präsidialbüros im Wiener Rathaus, Sensatsrat Dr. Peter SATRAPA, wurde Dienstag vom Wiener Stadtsenat auf Antrag von Personalstadtrat Franz NEKULA zum Obersenatsrat befördert. Dr. Satrapa leitet das Präsidialbüro, das dem Bürgermeister direkt unterstellt ist.#

Dr. Satrapa trat 1964 in den Dienst der Stadt Wien ein und war zunächst Mitarbeiter in der Finanzverwaltung. Von 1972 an war er im Büro des Magistratsdirektors tätig. 1978 wurde Satrapa zum Leiter des Präsidialbüros bestellt. (Schluß) red/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

6 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm Dienstag unter dem Vorsitz von GR. Dr. GLATZL (ÖVP) die am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über das Budgetkapitel "Gesundheits und Soziales" wieder auf.

Allein die Budgetansätze des Sozialamtes steigen um 20,4 Prozent von 2,2 Milliarden auf 2,7 Milliarden, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER (SPÖ). Die allgemeine Sozialhilfe stieg von 1,17 Milliarden auf 1,44 Milliarden (22 Prozent), die Geldaushilfen werden von 172 Millionen auf 234 Millionen erhöht. Stacher wies auch auf die außerordentlichen Heizbeihilfen hin. Im Rahmen der Behindertenhilfe gibt es eine Steigerung von 262 Millionen auf 287 Millionen. Die Ausgaben für die Blindenbeihilfe werden von 140 auf 155 Millionen, für die Pensionistenheime von 131 auf 150 Millionen, für die Heimhilfe von 381 auf 447 Millionen und für die Flüchtlingshilfe von 9 auf 13 Millionen erhöht. Die Mietbeihilfen steigen von 13 auf 78 Millionen. Zwanzig Organisationen werden im Rahmen der Sozialhilfe gefördert bzw. subventioniert. Fast 10.000 Menschen werden täglich von den sozialen Diensten betreut.

Im Rahmen des Anstaltenamtes wird der Zielplan konsequent weiter verfolgt. Zu den Schwerpunkten gehört die Verbesserung der Infrastruktur (Sanitäreanlagen, Saalunterteilungen, patientenbezogene Maßnahmen). Das in der Rudolfsstiftung bereits bewährte technische Servicezentrum soll schrittweise auch in anderen Spitälern eingerichtet werden.

Eine der großen Reformen des Gesundheitswesens ist die Psychiatriereform, die als Wiener Weg bereits international bekannt ist.

Die Planungsarbeiten für das Krankenhaus Ost werden fortgesetzt.

Hinter den Zahlen des Budgets für das Gesundheits- und Sozialwesen stehen, wie Stacher betonte, 22.000 Mitarbeiter der Stadt Wien und tausend Mitarbeiter privater Organisationen, vor allem aber tausende Menschen, die Hilfe erhalten. Das Budget 1983 garantiert, daß diese Arbeit weiter fortgesetzt werden kann.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

7 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß sich die Verhältnisse in den psychiatrischen Krankenhäusern Baumgarten und Ybbs in letzter Zeit stark verbessert hätte, wie er durch Besuche festgestellt habe. Dazu habe sicherlich die öffentliche Untersuchung viel beigetragen. Aus diesem Grunde sei es gut, daß jetzt auch die Situation in den Pflege- und Altersheimen öffentlich diskutiert werden. Die Fernsehdiskussion über Lainz habe die Problematik deutlich aufgezeigt. Man dürfe nicht nur den medizinischen Standard verbessern, sondern müsse die Heime menschlicher machen. Ein Weg dazu könne die Aufstockung der Zahl der Zivildienstler sein, die sich, da außerhalb der Hierarchie stehend, auch Kritik leisten könnten. Die langen Wartezeiten für Pensionisten- und Pflegeheime zeigen, daß auf diesem Sektor trotz der Fortschritte noch viel zu tun sei. Das burgenländische Modell einer "institutionalisierten Nachbarschaftshilfe", bei der private Einzelpersonen die laufende Betreuung hilfsbedürftiger alter Menschen in ihrer Nachbarschaft übernehmen, und dafür eine geringe Entschädigung erhalten, sollte in Wien als Ergänzung zu den bestehenden Maßnahmen erprobt werden, forderte GR Dr. Hirnschall in Form eines Antrages.

Die ständig steigende Zahl promovierter Mediziner, die auf einen Ausbildungsplatz in Wiener Krankenanstalten warten, mache es erforderlich, einige Grundsätze zur objektiven Vergabe der verfügbaren Stellen festzulegen. GR Dr. Hirnschall forderte daher in einem weiteren Antrag, die Vergabe von Ausbildungsplätzen in der Reihenfolge des Studienabschlusses vorzunehmen und jedem Bewerber und der ärztlichen Landesvertretung die Einsicht in die Warteliste sowie in die Liste der in den Ausbildungsturnus aufgenommenen Jungärzte zu gewähren. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

9 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) stellte fest, daß StR. STACHER vom gesamten Wiener Budget 22 Prozent erringen konnte. Auch die Sozialhilfe habe deutlich zugenommen - dies könnte auf bessere Leistungen zurückzuführen sein, aber auch auf eine Zunahme der Zahl der Armen und Hilfsbedürftigen.

Dr. SCHLICK kritisierte dann, daß die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten im 10., 11., 20., 21. und 22. Bezirk nicht zufriedenstellend sei, während andererseits mehr als 400 promovierte Ärzte auf einen Ausbildungsplatz im Spital warten. Die Ausbildung zum praktischen Arzt mit Blickrichtung auf den Hausarzt alten Stils sollte verbessert werden.

Im Zusammenhang mit der Spitalsversorgung befaßt sich GR. Dr. SCHLICK mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost und wies auf die lange Bauzeit hin. Bezugnehmend auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses brachte sie den ANTRAG ein, es solle der aktuelle Soll-Ist-Vergleich sowie die aktuelle Kostenschätzung unmittelbar nach Fertigstellung durch die AKPE den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und dem Stadtsenat zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund dieser Unterlagen solle die AKPE (VAMED) mit den Berechnungen der Auswirkungen auf das jährliche Investitionsvolumen, die Gesamtbaukosten und den Teil- sowie Endfertigstellungszeitpunkt des AKH beauftragt werden. Auch dieser Bericht solle in gleicher Weise vorgelegt werden.

Die Strukturveränderungen in der Psychiatrie seien beeindruckend, führte SCHLICK weiter aus, eine Fortschreibung des eingeschlagenen Weges wäre jedoch fantasielos.

Zu bedenken gab SCHLICK, ob zur Verbesserung der ärztlichen Ausbildung die Einrichtung von Lehrpraxen nicht doch Vorteile hätte. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

10 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Gegen den ÖVP-Vorwurf, daß die Steigerung des Sozialaufwandes ein Zeichen für wachsende Armut sei, wandte sich GR. WINDHAB (SPÖ). Der freie, mündige Bürger habe einen Rechtsanspruch auf soziale Leistungen. Unter der ÖVP-Alleinregierung sah es anders aus. Zahlreiche Anträge der Sozialisten zur Verbesserung der Sozialleistungen wurden damals niedergestimmt. Vergeblich hat die SPÖ 1966 die Erhöhung der Witwenpension auf 60 Prozent urgiert. Eine sozialistische Initiative für Ausgleichszulagen zu den landwirtschaftlichen Zuschußrenten wurde niedergestimmt. 1969 wurde der SPÖ-Antrag für die Anrechnung von einem Jahr Karenzurlaub abgelehnt. Schließlich wurde auch der Antrag zur Verbesserung der Pensionsdynamik abgewiesen. Heute beträgt die Mindestpension über 4.000 Schilling, um monatlich 500 Schilling mehr als wenn es nach der ÖVP ginge. Zieht man die Heizkosten von den Pensionen ab, so bleibt unterm Strich für die Pensionisten heute wesentlich mehr über, als unter der ÖVP-Alleinregierung.

GR. Windhab kritisierte die unsachliche Argumentation der ÖVP zur Sozialpolitik. Einmal fordert die Opposition mehr Spitalsbetten, dann spricht sie wieder von einem Bettenberg. Als Stadtrat Stacher dafür eintrat, die Betten im neuen AKH von 2.700 auf 2.000 zu reduzieren, wetterten die ÖVP-Abgeordneten im Parlament, einschließlich des heutigen Vizebürgermeisters BUSEK gegen die Einsparung der Betten.

Innerhalb von zwanzig Jahren konnten die Pflege- und Wohnbetten für Senioren von 6.305 auf 10.665 erhöht werden. 4.110 Wohnplätze gibt es derzeit in den modern geführten Pensionistenheimen. Zahlreiche Verbesserungen führten zu einer Sozialpolitik die den Menschen dient. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

=++++

11 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Von Statistiken wird kein armer Mensch satt, sagte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Die Armutsfälle werden immer mehr. Tausende Gemeindemieter können ihre Mieten nicht mehr bezahlen. Die Zahl der Abschaltungen bei Gas und Strom steigt. Die Exekutionsfälle nehmen zu. Die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen. In den letzten Jahren gab es eine ungeheure Belastungswelle. Energie, Wasser, Kanal- und Müllgebühren, öffentliche Verkehrsmittel und Pflegegebühren wurden wesentlich teurer. 1971 proklamierte die Regierung Kreisky den Kampf gegen die Armut, heute spricht in der SPÖ niemand mehr davon. Es geht darum, Leuten, die in Not geraten sind, zu helfen. Die Frage der Armut wird auf materielle Weise allen allerdings nicht zu lösen sein. Es ist notwendig, private Initiativen und Selbsthilfegruppen zu fördern.

In einer zweiten Wortmeldung betonte GR. WINDHAB (SPÖ), daß die Sozialisten die Sozialpolitik immer sehr ernst genommen haben. Seit den Zeiten der ÖVP-Alleinregierung stieg der Index für Ausgleichzulagenbezieher um das 3,24-fache, der Strompreis jedoch nur um das 2,6-fache. Nicht erst seit heute kämpft die Stadt Wien gegen Armut und Not und versucht, diese gar nicht aufkommen zu lassen. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

12 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. KRASSER (ÖVP) erinnerte daran, daß gleichzeitig im Wiener Landesgericht der Strafprozeß gegen Wilfling stattfindet. STACHER habe seinerzeit alle Warnungen vor Wilfling in den Wien geschlagen und dessen Bestellung zum Bereichsleiter durchgesetzt. Da Stachers Schwäche in der Organisation liege, sei ihm Wilfling als Manager unentbehrlich gewesen. Der Sondervertrag mit Wilfling sei gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen worden. Vorfälle wie der mit dem trotz Dienstwagen verrechneten Kilometergeld hätten doch als Warnung dienen müssen, aber Bürgermeister GRATZ und Gesundheitsstadtrat Stacher wären bis zuletzt zu Wilfling gestanden. Deshalb trügen Gratz und Stacher für alle durch Wilfling der Gemeinde Wien entstandenen Schäden die volle politische Verantwortung.

Zur derzeitigen Situation des AKH-Baues beklagte Krasser die Tatsache, daß die begleitende Kontrolle seit der gegen die Stimmen der ÖVP beschlossenen Übernahme durch die VOEST stark eingeschränkt wurde. Für die VOEST sei eine Kontrolle durch das Kontrollamt nie in Frage gekommen. GR Dr. Krasser bezweifelte die Effizienz der begleitenden Kontrolle in ihrer jetzigen Form, die sich nur auf schriftlicher Ebene abspiele. Die Vierteljahresberichte der AKPE seien bisher nicht wie vorgesehen dem Ausschuß für Gesundheit und Soziales vorgelegt worden.

Für die VOEST sei es uninteressant, ob wir uns den Betrieb dieses Spitals nach seiner Fertigstellung überhaupt leisten können, stellte Krasser fest. Deshalb sollten sich die Betreiber selbst mehr um den Neubau kümmern, die Geschäftsgruppe sollte in die Arbeiten integriert werden. Es herrschten noch immer erschreckende Planungsrückstände. Der Gemeinderat werde zuwenig informiert. Stadtrat Stacher solle deshalb einen ausführlichen Bericht über den AKH-Bau vorlegen. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

14 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) meldete sich als Mitglied der Vollzugskommission zu Wort und gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses keine Inquisitenstation vorgesehen sei. Würden die kranken Häftlinge über alle Wiener Spitäler verteilt, ergäben sich dadurch große Probleme.

GR. GAWLIK (SPÖ) befaßte sich eingehend mit dem Behindertenproblem. Er schilderte die Vorarbeiten für ein Wiener Behindertengesetz, wobei Neuland betreten werden mußte. Ziel war der Versuch einer medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Die Ausgabensteigerung für Behindertenhilfe betraf zwischen 1973 und 1981 1.266 Prozent. Bei der Stadt Wien wurden 100 Behinderte aufgenommen. Die "Wiener Geschützte Werkstätten Ges.m.b.H." schafft 120 Rehabilitationsplätze.

Wichtig sei es, sagte Gawlik weiter, bei der Bevölkerung Verständnis für die Behinderten zu wecken. So habe es etwa bei der Errichtung des Wohnheimes in der Hochstraße die Anrainerforderung gegeben, eine Mauer zwischen dem Heim und ihren Grundstücken zu errichten, damit sie nicht durch den Anblick der Behinderten belästigt würden. Notwendig sei jedenfalls eine gewisse Integration der Behinderten ins tägliche Leben.

Im heurigen Schuljahr besuchen 5.800 Kinder verschiedene Sonderschulen. Um die Mobilität dieser Kinder zu erhöhen, werden Großraumautobusse, jetzt auch teilweise Taxis und Kleinbusse eingesetzt, und beträchtliche Mittel investiert. Erforderlich sei jedoch auch eine weitergehende Betreuung nach dem Ende der Schulzeit. In Wohnheimen verschiedener Organisationen werden 296 Kinder betreut, für die kaum Chancen zur Rehabilitation bestehen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

15 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gibt bei verschiedenen sozialen Organisationen 1.316 Tagesheimplätze, berichtete Gawlik weiter, es seien aber noch weitere Wohn- und Tagesheimplätze notwendig. Eine Mikrozensushebung habe aufgezeigt, daß sich 415.000 Menschen nach eigener Einschätzung als behindert betrachten. Das reicht von Problemen beim Stiegensteigen über Schwierigkeiten bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel bis zu Erschwernissen bei der Haushaltsführung. Zehn Prozent der Lebendgeburten seien Risikogeburten, erklärte Gemeinderat Gawlik, und etwa vier bis sechs Prozent von diesen werden auf Lebenszeit eine Behandlung benötigen. Daraus ergebe sich, daß jährlich 60 bis 80 neue Plätze in Wohn- und Tagesheimen geschaffen werden müssen.

GR Gawlik schloß mit einem Zitat von Petzold: Auf dem Weg zum Licht laßt keinen zurück" - darum bitte er. (Forts.) and/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Gesundheits und Soziales

=++++

16 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EBERHARDT (ÖVP) erinnerte daran, daß ÖVP-Bundesminister Grete Rehor seinerzeit den Grundstein für die spätere Sozialpolitik legte. Der ÖVP-Gemeinderat urgierete dem Bau einer Rettungsstation im 23. Bezirk. Seit 1977 heißt es, daß diese Rettungsstation geplant wird. Nach dem letzten Stand der Dinge soll dieses Grundstück nun geteilt werden und für ein Auslieferungslager und eine Tankstelle zur Verfügung stehen. Planungsstadtrat WURZER soll die Planung endlich beschleunigen, um den Bau nicht noch länger hinaus zu zögern.

Die Diplomkurse für das Krankenpflegepersonal im zweiten Bildungsweg sind überlaufen, sodaß immer wieder mehrere Bewerber abgewiesen werden, die sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder anmelden. GR. Eberhardt BEANTRAGTE, daß die Gebühren zu einem Diplomkurs für Krankenschwestern in Zukunft nur einmal eingehoben werden. Auch an der Arbeitskleidung des Krankenpflegepersonals sei einiges auszusetzen. Die derzeit verwendete Kleidung besteht aus einem Kunststoffgemisch, das als unangenehm und ungesund empfunden wird. Gr. Eberhardt stellte den ANTRAG, daß die Kleidung des Krankenpflegepersonals in Zukunft nur mehr aus reiner Baumwolle angefertigt wird. Für die Sicherheit des Nachtdienstpersonals soll in Zukunft besser vorgesorgt werden. Mehrmals mußte schon die Polizei Eindringlinge aus den Spitälern entfernen. StR. STACHER möge durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, daß die Sicherheit des Personals und der Patienten in den städtischen Krankenanstalten gewährleistet ist, BEANTRAGTE GR. Eberhardt. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

17 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER meldete sich zum Debattenbeitrag von GR. EBERHARDT zu Wort. Wurzer betonte, daß die Widmung für eine Rettungsstation auf dem von Eberhardt erwähnten Gelände sehr wohl vorhanden sei. Es sei lediglich die Entscheidung darüber ausständig, ob dieses Areal auch wirtschaftlich genutzt werden solle.

GR. Maria SZÖLLÖSI (SPÖ) sagte, wie sozial die Großstadt Wien sei, sei schon an der Steigerung der Mittel für Soziales zu ersehen. Es sei allerdings nicht so, daß es in Wien keine Nachbarschafts- und Familienhilfe für ältere Menschen gebe. Wo dies jedoch nicht der Fall sei, Sorge die Stadt Wien mit 2.518 Heimhelferinnen dafür, daß die alten Menschen länger in ihren Wohnungen bleiben können. Auch der Besucherdienst der Stadt Wien sei eine wertvolle Hilfe für alleinstehende, ältere Menschen.

Anschließend wandte sich Szöllösi gegen die verzerrte Wiedergabe der Verhältnisse in den Wiener Pflegeheimen in den Medien. Es gehe nicht an, wie zuletzt im Fernsehen, nur Negatives zu zeigen. Gerade in den letzten Jahren, so die Rednerin, wurde viel zum Wohl der Bewohner der Pflegeheime geleistet. Es sei weder richtig, daß die Pfleglinge keinen Ausgang haben, noch stimme es, daß ein Zwang zur Anstaltskleidung bestehe. In Lainz sei es dank der Rehabilitationsbemühungen möglich, jährlich 10 bis 11 Prozent der Patienten wieder nach Hause zu schicken. Schließlich habe ein Besuch der Pflegeheimkommission in Lainz ergeben, daß der Großteil der Pfleglinge sehr zufriedene ist. Allen Bediensteten der Pflegeheime dankte Szöllösi abschließend für die aufopfernde Arbeit, die sie im Dienste der ihnen anvertrauten Menschen leisten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

18 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER nahm zu zahlreichen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen Stellung. Kritik zu üben, ist für Angestellte eines Pflegeheimes keineswegs ein Luxus und gefährdet auch nicht seine berufliche Laufbahn. Auch die burgenländischen Erfahrungen mit der Nachbarschaftshilfe zeigen, daß die Erfahrungen im ländlichen Raum nur schwer auf großstädtische Gegebenheiten übertragen werden können. Für die praktischen Ärzte wurde in Wien sehr viel getan. Wien bildet wesentlich mehr praktische Ärzte aus als die anderen Bundesländer. Als einziges Bundesland hat Wien Lehrpraxen geschaffen. Stacher stellte fest, daß die Zahl der Spitalsbetten in den Jahren 1975 bis 1982 um 1.594 reduziert wurde. Sobald das Krankenhaus Ost fertig sei, wird es vor allem zur Versorgung der Bevölkerung links der Donau dienen. Gleichzeitig sollen aber auch im Westen Wiens Abteilungen gesperrt werden.

Zur Problematik der Armut stellte STACHER fest, daß in den letzten zehn Jahren enorm viel zugunsten der Menschen geschehen ist. Die Sozialhilfen für Kranke, Gebrechliche, Behinderte und Einsame, die unter einem erweiterten Armutsbegriff zusammengefaßt werden, wurden ausgeweitet bzw. neu geschaffen. Stacher bekannte sich zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

Zum Debattenbeitrag von BR. Dr. KRASSER (ÖVP) erklärte Stacher, daß seinerzeit einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden. Er betonte, daß es keinen Kampf zwischen Magistratsdirektor Bandion und ihm selbst gebe. Er sei mit Bandion seit vielen Jahren befreundet, auch wenn es in sachlichen Fragen manchmal unterschiedliche Meinungen gebe.

(Fort.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

19 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich, sagte STACHER, benötige er für die Bewältigung seiner Aufgabe qualifizierte Fachleute als Mitarbeiter. In Richtung ÖVP meinte er, er wünsche ihren Politikern, daß sie sich niemals in der Beurteilung eines Menschen irren.

Im neuen AKH ist kein Inquisitenspital eingeplant, weil dies im Rahmen des Zentralgebäudes nicht sinnvoll wäre. Aber selbstverständlich ist für so eine Abteilung in einem anderen Bereich Vorsorge zu treffen.

Zum Problem der Kunststoffkleidung sagte STACHER, daß in Operationssälen keine Kunststoffkleidung verwendet werde, und daß die Kleidung auch sonst nur teilweise aus Kunststoffen bestehe, wie das überall in der Welt üblich sei. Die Kleidung soll angenehm zu tragen und leicht zu reinigen sein.

Das Budget 1983 zeigt, daß die finanziellen Grundlagen für eine konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen erfolgreichen Weges im Sozial- und Gesundheitswesen gesichert sind, schloß STACHER.

(Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

20 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) stellte in ihrem einleitenden Referat fest, daß sich in der sozialistischen Kommunalpolitik als Schwerpunkt immer die Familienpolitik erkennen lasse. Erst die Befreiung aus ökonomischen Zwängen habe das Familienleben ermöglicht, wie es heute üblich ist; die sogenannte "heile Familie der guten alten Zeit" habe es nie gegeben.

In einer Zeit, in der der Wunsch nach einem intakten Familienleben mit dem nach materiellen Errungenschaften kollidiert, sind verstärkte familienbegleitende Angebote notwendig, die die Erziehungsfähigkeit der Familie stärken. Das reicht von Elternschulen über Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstellen, Scheidungsberatung, Kindertelefon bis zum Einsatz von Sozialarbeitern. Durch den verstärkten Bau von Kindertagesheimen wurde in Wien eine optimale Betreuung der drei- bis sechsjährigen Kinder erreicht. Die Platzzahl konnte fast verdoppelt werden. Für Kinder unter drei Jahren stehen Krippen zur Verfügung. In Zukunft soll etwa ein Viertel dieser Kinder darin Aufnahme finden können.

Auf dem Schulsektor steht das Bemühen um Chancengleichheit und -gerechtigkeit nach wie vor an erster Stelle. Die jüngste Novellierung des Schulorganisationsgesetzes brachte zwar wichtige Reformen, doch ist sie die Neuorganisation der Mittelstufenschule schuldig geblieben, erklärte Fröhlich-Sandner. Die Hauptschule gerät dadurch in Gefahr, Restschule zu werden: die AHS mit Anteilen, die weiter über 70 Prozent liegen können, wird zu einer undifferenzierten Gesamtschule. Schulstreß, Aussteigertum und das Steigen der Zahl von Nachhilfestunden sind die Quittung für das Verhindern einer modernen Schulreform. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

21 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Obwohl seit 1972 im Pflichtschulbereich 700 neue Klassen errichtet wurden, kommt der Errichtung von Schulneubauten auch in Hinkunft besondere Bedeutung zu. Im kommenden Jahr sollen die beiden Zentralberufsschulgebäude Mollardgasse und Hütteldorfer Straße weiter modernisiert, die Berufsschule Meiselstraße vollendet, und die Planung an einer neuen Schule für KFZ-Mechaniker vorangetrieben werden.

Innerhalb der letzten Jahre ist es gelungen, die Zahl der Heimkinder um rund die Hälfte zu senken. Das konnte dadurch erreicht werden, daß die Pflegefamilien stark forciert wurden. Ab Jänner 1983 wird eine eigene Beratungsstelle zur Unterstützung der Pflegefamilien eingerichtet. Der Freizeitraum ist für Kinder und junge Menschen von besonderer Bedeutung, stellte Fröhlich-Sandner fest. In diesem Bereich werden seitens des Landesjugendreferates hunderte Aktionen durchgeführt, die das schöpferische Tun und Aktivsein in die Mitte stellen. Auch die Jugendzentren und der Jugendkreis sind hier tätig.

Die Ansätze des Budgets 1983 stiegen um 35 Prozent und werden es erlauben, die bewährten Aktionen fortzusetzen. Mit einem neuen Jugendzentrum und einem Haus der Begegnung in der Brigittenau, einem neuen Büchereibus und einem neuen Bildungsschwerpunkt in Hietzing sind aber auch zusätzliche Aktivitäten möglich. Das flächendeckende Netz der Bildungsstützpunkte in Wien mit 30 Volkshochschulen und Häusern der Begegnung, 56 städtischen Büchereien, 18 Musikschulen, 22 Jugendzentren ist auch im internationalen Vergleich beispiellos. "Drei Millionen Besucher unserer Aktionen, Veranstaltungen und Beilungseinrichtungen in vergangenen Jahren sind anschauliche Bestätigung, daß wir auf dem richtigen Weg sind", schloß Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

22 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) bezweifelte, daß trotz erhöhten Mitteln im Bereich des Bildungsressorts die beabsichtigten Erweiterungen des Angebotes wie Vorschule und zusätzliche Lehrer in Klassen mit vielen fremdsprachigen Schülern durchgeführt werden können. Von der gesamten Personalaufstockung (761) entfallen nur 33 auf Lehrer. Indessen wären zahlreiche Begleitlehrer notwendig. Das Problem der fremdsprachigen Schüler sei nur dann zu lösen, wenn es genügend Lehrer innerhalb und außerhalb der Unterrichtszeit gibt. Zusätzliches Lehrpersonal wäre auch für den Förderungs- und Stützunterricht notwendig. KUCHAR befaßte sich dann mit dem Problem des Nachhilfeunterrichts und wies darauf hin, daß mehr Hauptschüler als Mittelschüler diese Unterstützung benötigen. Den Grund sieht er darin, daß die Schulreform nicht weitergeführt worden sei. Er kritisierte, daß sich Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in ihrem einleitenden Beitrag nicht mit der inneren Schulreform beschäftigt hat.

Bei der Besetzung von Lehrerposten dürfe es kein Proporzdenken geben, forderte KUCHAR. Nur die Qualifikation allein solle ausschlagend sein.

Um einen optimalen Unterricht im zweiten Berufsschulgebäude zu gewährleisten, sollten dort die Umbauarbeiten raschest möglich fertiggestellt werden.

KUCHAR wies darauf hin, daß die Stadt Wien in ihren Lehrlingsheimen höhere Gebühren verlange als die Arbeiterkammer - hier sollte zusätzliche Hilfestellung gegeben werden.

Im Bereich der Familien- und Jugendbetreuung ist Beispielhaftes geschehen, stellte KUCHAR fest. Er begrüßte es, daß die Zahl der Pflegekinder (in Familien) größer wurde als jene in Heimen. Für die Jugendzentren verlangte KUCHAR eine Verlängerung der Öffnungszeiten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

23 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr Unterstützung für die Familien forderte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Die Familienbeihilfe wurde von fünf auf vier Millionen gekürzt. Das bedeutet weniger Unterstützung für Familien, wenn ein Elternteil ausfällt. Mitte 1983 werden alle Mittel aus dem Familienlastenausgleichfonds aufgebraucht sein. Dabei gibt es immer mehr Familien, die sich die steigenden Wohn- und Betriebskosten nicht mehr leisten können. Diese Familien werden aus einem Gemeidebau nach dem anderen delogiert. Vor allem die Heizkosten sind kaum mehr zu bewältigen. Hier wird neue Armut systematisch begünstigt, sagte HAMPEL-FUCHS. Eine Möglichkeit zu sparen wäre die Schulbuchaktion. Es sei nicht notwendig, daß jedes Kind in jedem Schuljahr ein neues Buch erhält.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll ein Sonderprogramm für Schulabgänger aus berufsbildenden Schulen gestartet werden. Anerkennend hob die ÖVP-Gemeinderätin hervor, daß die Zahl der Heimkinder stetig sinkt. Das Ziel müsse es sein, daß keine Kinder unter drei Jahren mehr in einem Heim leben müssen. Eine familiäre Umgebung ist die weitaus bessere Alternative. Statt mehr Krippenplätze zu schaffen, soll das Medell der Tagesmütter ausgebaut werden. Gr. Maria HAMPEL-FUCHS bedauerte auch die Budgetkürzung für Kleinkinder- und Ballspielplätze. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden von 400.000 S im Jahr 1975 auf 80.000 S für das kommende Jahr reduziert. Dabei sei der Mangel an Kleinkinderspielplätzen im innerstädtischen Bereich besonders drastisch. Beim Bau des neuen Schulgebäudes auf den Böhmgründen sind keinerlei Grünflächen - außer einem begrünten Dach - vorgesehen. Das sei für eine Ganztagschule zu wenig. Das Budget 1983 wird den Familieninteressen weitgehend nicht gerecht. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

24 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ASCHERL (SPö) verwies zunächst auf die historischen Verdienste der Sozialisten im Bereich Jugend und Familie. Mit Leistungen wie der Schulfreifahrt und der Schulbuchaktion haben diese eine Fortsetzung in unserer Zeit gefunden. Es sei sicher, so Ascherl, daß die Familien- und Jugendpolitik auch in Zukunft ein Schwerpunkt sozialistischer Politik bleiben werde, wobei er auf den weitgehenden Konsens hinwies, der in diesen Fragen auch mit den Oppositionsparteien besteht.

Ascherl wandte sich dann der Tätigkeit des Jugendamtes der Stadt Wien zu und wies darauf hin, daß das Budget für diese Abteilung 1983 mit 10,81 Prozent eine überproportionale Steigerung erfährt. Als wesentliches Kriterium der Bemühungen des Jugendamtes nannte Ascherl die Unterstützung der Familien, mit dem Ziel, daß jedes Kind nach Möglichkeit in seiner Familie aufwachsen soll. Institutionen wie etwa die Mutterberatungsstellen leisten hier Hilfe und Information in Erziehungsfragen. Für Kinder, die nicht in der eigenen Familie bleiben können, nannte Ascherl die Pflegefamilie als beste Lösung und wies darauf hin, daß es heute in Wien bereits mehr Pflegekinder als Heimkinder gibt. Durch die Umstrukturierung der Heime ist es allerdings auch gelungen, diesen einen familienähnlichen Charakter zu geben. Schließlich betonte Ascherl, daß in Wien die Vollversorgung mit Kindergärten erreicht worden ist und daß auf dem Gebiet der außerschulischen Aktivitäten und der Sozialarbeit wesentliches geleistet wird. Die Stadt Wien betreibt eine jugend- und familiengerechte Gesamtpolitik, die den Kindern die besten Möglichkeiten bietet, schloß Ascherl. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

25 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. TRAINDL (ÖVP) wies darauf hin, daß es in berufsbildenden Pflichtschulen Probleme durch die Raumnot gebe. Die größten Schwierigkeiten bereitet das erste Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse. Hier ist der größte Sanierungsbedarf gegeben. Wenn es bei der derzeitigen Finanzplanung bleibt, wird man noch ein weiteres Jahrzehnt für die vollständige Sanierung brauchen. Am dringendsten wäre die Konzentration auf die Halle 1. Der Hemmschuh für die zügige Fertigstellung liegt im Finanzressort. Stellen wir unseren Lehrlingen eine zeitgemäße Schule und moderne Lehrmittel zur Verfügung, forderte Traindl. (Forts.)
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

26 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß sich Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER nach zwölf Jahren sozialistischer Schulpolitik unzufrieden mit der Schulreform gezeigt habe. Familienpolitik dürfe sich nicht in der Errichtung von Tagesheimen erschöpfen; man müsse die Wurzeln der Probleme suchen und nicht die Symptome behandeln.

Die Zurückdrängung der Familie habe schon Engels als Ziel des Sozialismus bezeichnet, auch heute sei es die Vorstellung der sozialistischen Frauen, daß Mann und Frau gleichwertig im Arbeitsprozeß einzusetzen wären und die Gesellschaft für die Betreuung der Kinder zu sorgen hat.

Daß die Hauptschule, wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gesagt hatte, zur Restschule geworden sei, sei Folge der sozialistischen Schulpolitik, die man als gescheitert betrachten müsse, erklärte PETRIK. Im Berufsschulbereich sei zwar viel geschehen, hier hätten aber die Kammern viel mitgearbeitet. Abschließend verwies PETRIK auf einen Schülerkalender der Sozialistischen Jugend, der mit Zitaten gefüllt sei, die bezeichnend für die sozialistische Schulpolitik wären. (Schluß) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

27 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) berichtete über die Wandlung der Volkshochschule von der Abendschule zur "Ganzjahresschule". Dieser Entwicklung entsprechend wurde auch die Subvention für den Verein erhöht. Im Bereich der städtischen Büchereien wurde die Bibliothherapie ausgebaut, ebenso der "Büchereibus" erweitert und das Kassettenangebot vergrößert. Neben den traditionellen Bildungsformen werden auch neue Modelle der Erwachsenenbildung eingesetzt, wie der "Fernlehrtest Wien", den bereits tausend Wiener erworben und ebenso viele entliehen haben. Im Rahmen der Seniorenbildung wurden unter anderem 13.000 Großdruckbücher für Pensionistenheime angeschafft. Seit einigen Jahren gibt es auch ein verstärktes Angebot an Bildungseinrichtungen für Senioren. Weiter ausgebaut sollen auch die Bildungseinrichtungen in Pflegeheimen und Krankenanstalten werden. Großer Erfolg ist dem Projekt "Mussische Laienbildung" beschieden, das unter anderem bei asthmatischen Kindern im pulmologischen Krankenhaus eingesetzt wird.

Neben dem zweiten Bildungsweg wird jedoch auch der erste forciert. Dazu gehört unter anderem die Senkung der Klassenschülerzahl auf 25. Ausführlich setzte sich Gertrude Stiehl mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle auseinander und kritisierte, daß es aufgrund der Forderungen der ÖVP zu einem schweren Rückschlag beim österreichischen Bildungswesen kam. Mit dieser Novelle werde eine soziale Ungerechtigkeit zementiert. Das Wort vom "Fördern statt auslesen" könne derzeit noch nicht zum Tragen kommen. Die Voraussetzung einer Zwei-Drittel-Mehrheit zum Beschluß dieses Gesetzes habe die ÖVP als parteipolitische Waffe verwendet. Stiehl sagte, IGS und Ganztagschule hätten Chancengleichheit für alle Kinder gebracht, und sie verwies auf die zahlreichen Wünsche nach Aufnahme in derartige Schulen, die an sie herangetragen werden. "Immer mehr Bildung für immer mehr Menschen ist der beste Garant für die Zukunft", schloß Gertrude Stiehl.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

28 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget für 1983 ist ausreichend, um die Aufgaben der Schul- und Bildungspolitik zu erfüllen, stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in ihrem Schlußwort fest. Wien sei beispielgebend mit seinen Schulversuchen. Wenn GR. KUCHAR von der Angst, den Sorgen und dem Schulstreß der Schüler sprach, so habe er damit die Notwendigkeit der neuen Mittelschule unterstrichen. Beim Schulneubau gab es seit 1945 drei Schwerpunkte: den Wiederaufbau der zerstörten Schulen, den Schulneubau in Stadterweiterungsgebieten und nun als dritte Phase Ersatzbauten im inneren Stadtgebiet sowie den Ausbau der Berufsschulen.

Bei der Arbeitsplatzsicherung für junge Menschen unter 25 Jahren, nimmt Österreich ebenfalls eine Spitzenstellung ein. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen beträgt bei uns 26,4 Prozent, in den USA sind es 45 Prozent und in Italien 61,6 Prozent.

Nur 35 Kinder bis zum dritten Lebensjahr sind derzeit in Heimen untergebracht. Die meisten davon sind schwer behindert oder leben mit den Geschwistern gemeinsam in Heimen. Die Aktion Tagesmütter hat sich sehr bewährt. Alleinstehende Mütter können sich in Wien entscheiden, ob sie ihr Kind in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter unterbringen wollen. In den anderen Bundesländern gibt es wesentlich weniger Krippenplätze: in Oberösterreich stehen nur 22, in Salzburg 30 Krippenplätze zur Verfügung. Dort werden die Mütter mit ihren Problemen alleingelassen.

Nur wer selbst als Kind in armen Verhältnissen aufwuchs und Schulbücher ausleihen mußte, kann die Bedeutung der Schulbuchaktion ermessen, betonte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner. Es gibt keine "Wegwerf-Schulbücher", sondern höchstens "Schulbüchwegwerfer". (Forts.) ba/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Bildung, Jugend und Familie

=++++

29 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn GR. PETRIK das gesamte Ressort als unerheblich bezeichnet, so habe für ihn wohl die gesamte Bildungspolitik, Jugend- und Familienpolitik nur unerhebliche Bedeutung, vermutete Fröhlich-Sandner. 1983 stehen der Geschäftsgruppe mit 15.000 Mitarbeitern 7,3 Milliarden Schilling zur Verfügung.

12 Jahre sozialistische Alleinregierung haben offensichtlich nicht ausgereicht, um den Bildungshorizont mancher ÖVP-Politiker zu erweitern. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

30 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem einleitenden Referat zur Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst wies StR. ZILK (SPÖ) darauf hin, daß in Wien gerade in den letzten Jahren ein Klima kultureller Aufbruchsstimmung entstanden ist, an dem sowohl die Stadt, aber auch alle beteiligten Bürger ihren gerechten Anteil haben. Wenn sich das Kulturbudget im Rahmen des Wiener Gesamtbudgets auch gering ausnimmt, so dient es doch einem anspruchsvollen Aufgabenkreis, sagte Zilk.

Dieser Aufgabenkreis umfaßt jedoch nicht nur die großen kulturellen Institutionen, sondern in zunehmenden Maß kleine dezentralisierte Kulturzentren, die dazu beitragen, die Kultur aus dem Ghetto der Privilegierten herauszuführen. So gibt es zur Zeit in Wien 20 Kleinbühnen und rund 50 Theatergruppen, die sich erst in den letzten Jahren entwickelt haben. Mit dem Treffpunkt Petersplatz wurde eine Begegnungsstätte geschaffen, die bei geringen finanziellen Aufwendungen ein Forum für die verschiedensten Gruppen bildet. Bereits im kommenden Januar wird in Simmering das Haus "Szene Wien" eröffnet, das als musikalisches Zentrum in einem bisher kulturell benachteiligten Bezirk zehntausende junge Menschen anziehen wird. Mit dem Stadtkino wurde eine Institution ins Leben gerufen, die dem künstlerisch hochwertigen Film eine Spielstätte bietet. Mit 50.000 Besuchern bisher wurden die Erwartungen weit übertroffen. Der Ausbau der Koppfeilerremise im Jahr 1983 wird auch Meidling einen neuen kulturellen Treffpunkt bringen. Bereits jetzt kann der Versuch als gelungen gewertet werden, im ehemaligen TGM ein selbstverwaltetes Kultur- und Werkstättenzentrum einzurichten.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Kultur- und Bürgerdienst

=++++

31 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Toleranz und Verständnis sind elementare Bestandteile im kulturellen Leben, sagte ZILK. Das zeigten auch die Wiener Symphoniker, die sich nun mit 52 gegen 42 Stimmen dafür entschieden haben, Frauen beim Probespiel zuzulassen und damit einen wesentlichen Schritt im Bereich der Emanzipation getan zu haben.

Als richtungsweisenden kulturellen Versuch nannte StR. Zilk schließlich die Aufführung der "Aida" in der Wiener Stadthalle, die heuer wieder 48.000 Menschen sehen werden, von denen 50 Prozent zum ersten Mal eine Oper "live" erleben. Zilk kündigte in diesem Zusammenhang auch Bemühungen an, Aufführungen der Salzburger Festspiele einem großen Publikumskreis zugänglich zu machen.

Als Selbstverständlichkeit erwähnte Zilk auch die Bemühungen um die Erhaltung des Wiener Stadtbildes. Auch im kommenden Jahr werden dafür über 80 Millionen S zur Verfügung stehen.

Abschließend würdigte er die Arbeit des Bürgerdienstes der Stadt Wien, der bis zum 30. November rund 170 Tausendmal mit Fragen, Wünschen und Beschwerden konfrontiert wurde und ebenso oft im Dienste der Bürger tätig wurde. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

33 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es eine Reihe erfreulicher kultureller Aktivitäten, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Es gibt aber auch anderes, das er als Oppositionspolitiker nicht in einem strahlend optimistischen Licht sehen könne. Pawkowicz stellte fest, daß im Budget bei den Erträgnissen aus dem Kulturschilling eine beträchtliche Steigerung von 70 auf 110 Millionen Schilling enthalten ist. Allerdings fließen 50 Millionen davon anderen Zwecken als der Altstadterhaltung zu. Die Erhaltung des kulturell wertvollen Baubestandes ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe. Kritisch merkte Pawkowicz an, daß die FPÖ im Altstadterhaltungsbeirat nicht vertreten ist. Kunst und Kultur brauchen den Geist der Freiheit. Ein solches Klima ist dort schwer zu finden, wo ein Teil der Bevölkerung - wie in diesem Fall - von der Mitarbeit ausgeschlossen wird.

Pawkowicz richtete an StR. Zilk die Frage, ob die Bemühungen um die Rückzahlung der, dem Ehepaar Leherb-Profos für die Renovierung des Hauses Franziskanerplatz 6, das inzwischen den Besitzer gewechselt hat, zur Verfügung gestellte Mittel, erfolgreich waren. Wenn nicht, fragte Pawkowicz, welche Maßnahmen zur Sicherstellung dieser Rückzahlung geplant seien.

Am Zustand des Palais Harrach, das seit einem Jahr im Besitz der Stadt Wien ist, hat sich nichts geändert. Wie wird es hier weitergehen?

Pawkowicz verließ der Befürchtung Ausdruck, daß die Stadthalle wieder in größere Verlustzonen kommen könnte. Er begrüße deshalb erfolgreiche Aktivitäten wie das Gastspiel der "Aida".

Pawkowicz regte an, eventuell auch im 21. oder 22. Bezirk ein Kinocenter einzurichten. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

34 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (ÖVP) setzte sich vor allem mit der Person des amtsführenden Stadtrates für Kultur und Bürgerdienst, Dr. ZILK (SPÖ), auseinander. Er gab zu, in dieser Hinsicht gespaltene Gefühle zu haben. Die Wiener Kulturpolitik habe unter Zilk an Tempo und Farbe gewonnen. Zilk sei andererseits ein "Massenmedium" per se und glaube oft, mit seinen Subventionen alles selber machen zu müssen.

Kultur müsse auch in allen anderen Ressorts spürbar werden, forderte Mauthe. Der Altstadtfonds müßte mehr Kompetenzen übertragen bekommen. Zilks Subventionspolitik sei zur Talenteförderung kurzfristig zwar wahrscheinlich richtig; langfristig müsse diese Frage aber gründlich überlegt werden, um nicht eine reine Subventionskultur zu schaffen. Man sollte langsam versuchen, sich vom "Gießkannenprinzip" zu selektiveren Prinzipien durchzuringen. Ansätze dazu wären in den Ausfallshaftungen schon vorhanden.

Mauthe richtete an StR. Zilk die Frage, was er zur Belebung der Viertel um das Rathaus und um die Jesuitenkirche unternehmen werde sowie ob er die Verantwortung für das Palais Hohenkubin übernehme.

Abschließend wies Mauthe darauf hin, welche Macht- und Kompetenzfülle Zilk als Stadtrat, Festwochenpräsident, ORF-Kurator, Funktionär beim Kabelfernsehen und in zahlreichen anderen Funktionen besitze und stellte die Frage, ob diese Ämterkumulation im Interesse der Wiener Kultur sein könne. (Forts.) roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

35 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-VW. Karoline PLUSKAL (SPö) kritisierte, daß sich StR. Dr. MAUTHE (öVP) in seinen Ausführungen über weite Passagen nur an Stadtrat Dr. ZILK gewendet habe. Zwischen den Zeilen sei gestanden "Ihr anderen versteht uns ohnedies nicht". Pluskal bezeichnete dies als offensichtliche Mißachtung des Gemeinderates und als intellektuellen Hochmut. Es soll aber Interesse bei allen geweckt werden, auch bei denen, die "nicht das Glück hatten, soviel zu lernen, wie Stadtrat Mauthe", formulierte Karoline Pluskal.

Der Stadtentwicklungsplan steht unter dem Motto "Wien ein guter Platz zum Leben", die Bevölkerung ist aufgerufen, mitzureden, mitzuplanen. Zum Stadtentwicklungsplan gehört auch die Kultur in Wien. Daß darüber diskutiert werden kann, gehört zu den selbstverständlichen Grundsätzen. "Wir bekennen uns zur Kulturpolitik als Dienst am Bürger", sagte Pluskal. Der Bürger solle nicht nur durch Verordnung, sondern durch ein vielfältiges Angebot und durch Hilfestellung jeder Art zum Mitmachen motiviert werden. Karoline Pluskal verwies dabei auf die Aktionen "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" (sie soll arbeitenden Menschen den Zugang zur Kunst erleichtern), sowie auf die Aktion "Galerie Thaliastraße" und "Galerie Währinger Straße" in den Auslagen der Geschäfte. Dazu kommen besucherfreundliche Öffnungszeiten in den Museen und vielfältige Ausstellungen, darunter "Ver sacrum" in der Hermesvilla. Dort wird nächstes Jahre eine Ausstellung über Heinrich Ferstel gezeigt werden. Das Wiener Stadt- und Landesarchiv habe einen österreichischen Städteatlas und einen historischen Atlas von Wien ausgearbeitet. In der "Alten Schmiede" wurde ein "Literarisches Quartier" eingerichtet, und Literaturwochen sollen den Zugang zum Buch erleichtern. Mit dem Elias-Canetti-Stipendium solle Dichtung als Berufung gefördert werden, sagte Pluskal abschließend. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

36 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die Subventions- und Förderungspraxis des Kulturressorts kritisierte GR. PROCHASKA (ÖVP). StR. ZILK habe bei seinem Amtsantritt eine Durchforstung der Subventionen zugesagt. Es sei bei der Ankündigung geblieben. Das "Dramatische Zentrum", die "Kömödianten" und die "Freie Bühne Wieden" seien Beispiel von ZILKS "Förderungswut". "Im Lager der sozialistischen Gleichheitsfanatiker werden einige gleicher behandelt," erklärte PROCHASKA. Es wäre mehr Sorgfalt am Platz. In vielen Fällen sei es bei einer Ankündigungspolitik geblieben. Das klassizistische Grassalkovicschlössel im 2. Bezirk sollte laut ZILK schön längst saniert werden. Statt dessen wurden die Fenster geputzt. Beim Palais Harrach blieb es bei vielen Ideen und einem Kostenvoranschlag von etwa 70 Millionen Schilling. Das Internationale Studentenheim, Haus Döbling, verschlingt pro Jahr sechs Millionen Subvention. Ein Vorschlag der Kammer, die Studentenwohnungen während der Ferien als Hotelzimmer zur Verfügung zu stellen, wurde entrüstet zurückgewiesen. Es gäbe genug zu tun für StR. ZILK, der seine Tatkraft und Energie mehr seinem Ressort zur Verfügung stellen sollte als der persönlichen Imagepflege. ZILK habe den Bezug der Netzkarte zum Privilegium hochstilisiert, während er dem ORF-Generalintendanten ein weiteres Monatsgehalt zuschanzte. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

37 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL)GR Hildegard WONDRATSCH (SPÖ) widmete ihr Referat der Theaterstadt Wien, die ein Spiegelbild der Vielfalt des kulturellen Lebens in Wien biete. Daß diese Vielfalt erhalten bleibe, sei auch einer Subventionspolitik zu verdanken, so Wondratsch in einer Bemerkung zu den Ausführungen von GR PROCHASKA, die die Subvention nicht als Zensur verwende.

Ohne Zweifel seien Wiens Theater, obwohl bestens besucht, auf Subventionen angewiesen. Aber mit diesen Subventionen für die großen Privattheater, die Mittelbühnen und das Theater der Jugend sowie der Abgangsdeckung für das Theater an der Wien ermögliche die Stadt Wien eben ein vielfältiges Theaterleben, das kaum eine Parallele im deutschen Sprachraum findet.

Zu diesem Theaterleben seien jedoch auch die Kleinbühnen zu zählen, die mit ihrer Lust am Experiment und der Erprobung neuer Spielformen auch ein Sprungbrett für Schauspieler und Regisseure seien. Ihre Existenz sei durch Grundsubventionen gesichert, die durch Leistungsprämien ergänzt werden. Zu diesen Bühnen zählen etwa das Serapions-Theater, Lederers Einmann-Bühne, das International Theatre oder die Kleine Komödie. Daneben haben sich seit einigen Jahren die freien Gruppen, wie die Gruppe 80, die Showinisten oder das Tanztheater von Liz King etabliert.

Mit Prämien für die Aufführung zeitgenössischer Autoren, die die entsprechenden Bühnen bekommen, wird auch die Literatur gefördert. Das Stadtabonnement und die Volkstheateraufführungen in den Außenbezirken ermöglichen einem weit gesteckten Bevölkerungskreis den Theaterbesuch. Alles zusammen sei schließlich, so Wondratsch, Ausdruck einer Kulturpolitik, die Wien als Theaterstadt als Verpflichtung auffasse und dementsprechend handle.

(Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

38 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Es gebe eine Reihe offener Fragen, über die er gerne nähere Auskünfte hätte, sagte GR. Mag. KAUER (ÖVP). Er führte unter anderem den Spielstättenkatalog für Theatergruppen, die längerfristige Finanzierung der Koppreiter-Remise, die künstlerische Verwertung der Flaktürme, den Stand der Gespräche über das Jugendstilensemble Fleischmarkt/Rotenturmstraße, die Revitalisierung des Messepalastes und des Neugebäudes, das Palais Hohenkubin, das Ensemble um den Gasthof "Römischer Kaiser" im dritten Bezirk, die weitere Vorgangsweise beim Sünnhof, das Bauverfahren Ronacher, die Wotruba-Kirche und den Schutz des Ensembles des Bezirkszentrums Landstraße während der U-Bahn-Bauarbeiten an.

So richtig die Förderung kultureller Aktivitäten ist, so sehr müsse auch in diesem Bereich haushälterisch vorgegangen werden, und zwar nicht im Sinne einer Zensur, sondern einer gewissen Ausgewogenheit zwischen den einzelnen Sparten. KAUER regte in diesem Zusammenhang die Erstellung eines Subventionskonzeptes an. Sinnvoll wäre auch ein Prioritätenkatalog für die Förderung der Klein- und Mittelbühnen sowie für die Theatersubventionen überhaupt.

Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist eine der vorbildlichsten Bibliotheken Österreichs, betonte KAUER. (Forts.)
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

39 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUBARZ (SPÖ) stellte bezüglich der Vorwürfe von GR. KAUER (ÖVP) fest, daß das Studentenheim "Haus Döbling" eine Hotelkonzession für das ganze Jahr besitze. Die Ausschank werde durch die WIGAST betrieben. Durch Personaleinsparungen habe man die finanzielle Situation bessern können. Seitens der Stadt Wien wurden in den Umbau des Heimes etwa 24 Millionen investiert. Die "Volkshilfe" werde in Zukunft einige Büroräume übernehmen. Insgesamt sei es gelungen, ein ruhiges, geordnetes Heim zu schaffen.

Zur Altstadterhaltung erklärte Holubarz, daß es den "Kulturschilling" seit Jänner 1972 gebe, seit Jänner 1982 betrage er 15 Prozent der Fernseh- und Rundfunkgebühren. Die Ansuchen würden im Beirat sehr rasch und fast alle einstimmig behandelt. Bisher wurden mehr als 500 Millionen für die Altstadterhaltung aufgebracht. Für das Jahr 1983 sind 148 Objekte mit 75 Millionen zur Förderung vorgesehen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

40 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK nahm in seinem Schlußwort zunächst zu den Ausführungen von GR. PAWKOWICZ Stellung. Zilk betonte, daß im Altstadtbeirat bis jetzt alle sachlich berechtigten Anträge bewilligt worden sind. Wie sehr sich Wien nicht zuletzt auch durch die Mittel aus dem Altstadterhaltungsfonds verändert hat, ist jederzeit am Stadtbild abzulesen. Was das Leherb-Haus betrifft, befasse sich derzeit die MD-Zivilrechtsangelegenheiten mit diesem Fall.

Zum Vorwurf von GR. PROCHASKA, er - Zilk - sei geltungsbedürftig, sagte der Stadtrat, dies treffe wohl auf Prochaska selbst und auf Vizebürgermeister Dr. Busek zu, dessen Pressedienst sogar interveniere, wenn er nicht oft genug im Fernsehen erscheine. Zu Prochaskas weiteren Ausführungen falle ihm wegen deren Unsachlichkeit nichts ein.

Zur Rede von GR. Mag. KAUER sagte Zilk, der geforderte Spielstättenkatalog sei in den letzten Monaten erhoben worden. Derzeit werden die Spielstätten - diese sind über tausend - genau überprüft. Die von Kauer aufgeworfenen Finanzierungsfragen beantwortete Zilk folgendermaßen: Das Haus "Szene Wien" in Simmering wurde fast zur Gänze von der "Z" finanziert. Die Koppreiter-Remise in Meidling befindet sich derzeit im Umwidmungsverfahren, daher ist ihre Finanzierung noch nicht im Budget enthalten. Hier wird man zu Sondermaßnahmen greifen, die eine Eröffnung im nächsten Winter ermöglichen sollen. Das "Zentrum Petersplatz" ist bereits in Betrieb, ebenso das "Zentrum Kaisermühlen", das mit einem Minimum an Mitteln in Eigenleistung hergerichtet wird. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

41 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Die von GR. Mag. KAUER aufgeworfenen Fragen zur Stadtbildpflege beantwortete ZILK folgendermaßen: Im Rathausviertel wurden die Hausinhabungen und Geschäftsbesitzer kontaktiert, es wurde jedoch zugegebenermaßen kein großer Widerhall, vor allem in der Frage der in den Arkaden parkenden Autos, gefunden. In bezug auf das Viertel um die Jesuitenkirche wurde ein Verein gegründet, in dem auch das Kulturamt vertreten ist. Hier sind baldige Aktivitäten zu erwarten. Die Verschönerung der Flaktürme bietet vor allem weite Möglichkeiten für Bezirksaktivitäten, denen hier keine Grenzen gesetzt sind. In der Frage des Hochholzerhofes werden immer wieder Bemühungen gesetzt, die Besitzer zur Renovierung zu bewegen, erzwingen kann man diese jedoch nicht. Bezüglich des Messepalastes haben der Bund und die Stadt Wien in einer Pressekonferenz im Presse-Club Concordia ein Bekenntnis zur Revitalisierung abgelegt. Die Renovierung des Neugebäudes ist ein Wunsch, den auch er, ZILK, immer wieder vorbringt. Beim Palais Harrach soll 1983 das Dach instandgesetzt und 1984 mit den weiteren Sanierungsarbeiten begonnen werden. Eine Lösung des Palais Hohenkubin liegt im Interesse aller an der Altstadt Interessierten. Jede vernünftige Lösung ist hier willkommen. Bei den Bemühungen um die Revitalisierung des "Ronacher" hat das Kulturamt mit viel Energie mitgearbeitet. Auch dieses Gebäude ist in Privatbesitz. Das bedeutet, daß man nicht erzwingen kann. Die Revitalisierung des Sünnhofes schließlich ist in weiten Bereichen fertiggestellt, der Bauunternehmer Rogner will hier das Hotel selbst in Betrieb nehmen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Kultur und Bürgerdienst

=++++

42 Wien, 7.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) stellte fest, er habe kein Interventionsschreiben an den ORF gerichtet - wer dies behauptet, solle es vorzeigen. Zum zweiten handelte es sich dabei nicht um Bezirksveranstaltungen, sondern um drei Veranstaltungen auf Bundesebene. Vom ORF sei dazu festgestellt worden, daß der Pflicht zur Berichterstattung nicht im ausreichenden Maß entsprochen worden sei.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 20.05 Uhr unterbrochen. Sie wird Donnerstag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppen Wohnen und Stadterneuerung, Stadtplanung und Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz (HOLDING) fortgesetzt. Im Anschluß daran wird über das Wiener Budget 1983 abgestimmt.
(Schluß) and/gg

NNNN